

Quickonomy

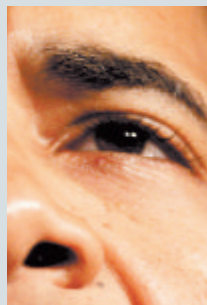
Nachrichten



Die Eintönigkeit des Schalls 4
Studenten der FH St. Pölten stellen neue Audioarchiv-Software vor.

Ohne Chauffeur 11
„Geisterzüge“ im Nahverkehr: millionenschwerer Auftrag für österreichischen Seilbahnhersteller Doppelmayr.

Ein Volk unter Waffen 12
Waffenlobby verhindert eine Verschärfung der Waffengesetze in den USA.



Ambassador's Grunge 15
Österreichs Independent-Szene versucht, das Image der heimischen Labels im Ausland kräftig aufzupolieren.

Hoffnungsbotschafter 30
US-Senator Barack Obama mit Charisma und Witz auf dem Weg ins Weiße Haus.

Kommentare

Wollen wir arbeiten? 16
Der gesellschaftspolitische und ökologische Stellenwert der Arbeit muss schleunigst hinterfragt werden.

Alle Macht den Guten geben 16
In den USA wird das Gute mit Waffen verteidigt. Zum Schutz sollen Schüler bewaffnet werden.



Wenn Stress Schatten wirft 32
Die Hälfte aller Krankenstände wird weltweit durch Arbeitsstress verursacht.

Die überfällige Versorgung 32
Raus aus dem Phlegma, damit Gleichberechtigung Thema bleibt.

Extrazimmer ins Hinterzimmer ... 32
Debüt der neuen ORF-Sendung endete als müde Tarockrunde.

Standards

Zahlenspiel	14
Special Innovation	ab 17
Dossier	ab 25
Schnappschuss	30
Reaktionen auf <i>economy</i>	31
Test	31
Beraterreck	32

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/13
Geschäftsführender Herausgeber: Christian Czaak
Chefredaktion: Thomas Jäkle (jake)
Redaktion: Astrid Kasperek (ask), Klaus Lackner (kl), Antonio Malony, Alexandra Riegler, Jakob Steuerer, Hannes Stieger, Christine Wahlmüller
Autoren: Beatrix Beneder, Stephan Fousek, Lydia J. Goutas, Christoph Huber, Martin Schmidt
Illustrationen: Kilian Kada, Carla Müller
Titelbild: epa
Produktion und Artredaktion: Tristan Rohrhofer
Lektorat: Elisabeth Schöberl

Druck: Luigard, 1100 Wien Druckauflage: 30.000 Stück
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.
Abonnement: 50 Euro, Studentenabo: 30 Euro
Probeabo: 10 Euro; abo@economy.at



Arbeit: Freie Dienstverträge und Werkverträge sind heute „normal“ „Atypische“ Festanstellung

Unfreiwillige Selbstständigkeit hat ihren Preis: Ein soziales Netz fehlt.

Astrid Kasperek

Das Zeitalter der „atypischen“ Festanstellung ist längst angebrochen. Für Beschäftigte in der IT-Branche, der Erwachsenenbildung, im Journalismus, unter Autoren und Künstlern ist ein pensionssichernder 40-Stundenjob ein fremdartiger Zustand des vorigen Jahrtausends, an den man sich kaum erinnern kann. 30.000 Menschen sind derzeit in Österreich mittels freier Dienstverträge beschäftigt, 70.000 haben einen Werkvertrag (Quelle: Gewerkschaft der Privatangestellten – GPA). Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) spricht gar von einer Mio. atypisch Beschäftigter – er inkludiert auch Leiharbeiter und geringfügig Beschäftigte.

„Die Zahl der atypisch Beschäftigten steigt kontinuierlich“, bestätigt Andrea Schober von der GPA den Trend. Parallel dazu steigt die Zahl der Privatkonkurse. Durch das fehlende sozialstaatliche Auffangnetz stolpern viele allzu leicht in prekäre ökonomische Situationen. Die meist unfreiwillig gewählte „Freiheit“ hat ihren Preis: kein Urlaubs- und Krankengeld, keine Pflegefreistellungen, keine

Fortsetzung von Seite 1

Wichtig wären Förderungen für Menschen im Haupterwerbssalter, für die es noch keine Maßnahmen gibt.

Positive Negativsteuer?

Ein für Österreich neues Instrument zur Armutsvermeidung hat erst kürzlich Sozialminister Buchinger zum Tagesthema gemacht. Sein Vorschlag einer Erhöhung der Negativsteuer – in Anlehnung an den Working Credit in Großbritannien – hat für frischen Wind in der sozialpolitischen Debatte gesorgt. Der ÖGB begrüßte den aktuellen Vorschlag des Sozialministers, die Negativsteuer von derzeit neun Euro pro Monat auf bis zu 250 Euro pro Monat anzuheben und damit eine Art Mindesteinkommen für Erwerbstätige zu schaffen. Die Höhe der Negativsteuer solle abhängig vom gesamten Haushaltseinkommen ab einem jährlichen Nettoerwerbseinkommen von 8400 Euro gewährt werden.

SPÖ-Frauenpolitikerinnen sehen in diesem Punkt die Gefahr, dass Frauen zu „Dazuverdienerinnen“ degradiert und aus der Vollzeitbeschäftigung gedrängt werden, damit die Haushaltseinkommengrenze zum Erwerb der höheren Negativsteuer nicht überschritten wird. Um auch Anreize für die Erhöhung der Erwerbsintensität von Frauen zu schaffen, könnte der Steu-



Abtauchen in unfreiwillige Selbstständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit – Dienstgeber sparen Sozialkosten. Foto: Bilderbox.com

Arbeitslosen- und Pensionsversicherung. Das in Unternehmerkreisen beliebte „Outsourcing“ bestimmter Geschäftsfelder und damit verbunden das Verdrängen der Arbeitnehmer aus regulären Dienstverhältnissen erspart Arbeitgebern eine Menge Lohnnebenkosten, so die Kritik der Gewerkschaft.

Gleichstellung gefordert

Zahlt der Dienstgeber bei freien Dienstverträgen zumindest den Sozialversicherungsbeitrag (nur Unfall- und Krankenversicherung), muss sich ein Werkvertragler um alle sozialversicherungstechnischen Angelegenheiten selber kümmern. Geringfügig Beschäftigte (etwa Regalbetreuerinnen, Kassiere-

rinnen in Supermärkten) unterliegen einer Einkommensgrenze von 341 Euro monatlich (oder 26,20 Euro pro Tag) und sind nur unfallversichert. Gewerkschafter fordern die verpflichtende Gleichstellung Betroffener bezüglich Arbeitsrecht, Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie verbesserte Möglichkeiten der Einklagbarkeit des Arbeitnehmerstatus. Der politische Druck zur Verbesserung der Arbeitssituation der „Atypischen“ müsse heftiger werden. Während SPÖ und Grüne diese Forderungen unterstützen, spricht die ÖVP im Parteiprogramm vom „Überwiegen der Vorteile“ (Flexibilität, Selbstverantwortung) und „hoher Zufriedenheit“ der Selbstständigen.

erbonus bei zwei Erwerbstätigen in einem Haushalt erst bei einem höheren Haushaltseinkommen einsetzen. Vorstellbar wären hier statt der 8400 Euro insgesamt 12.000 Euro (je 6000 pro Person).

Martin Schenk von der Armutskonferenz sieht im Vorschlag Minister Buchingers zwar einen richtigen Schritt in Richtung Armutsvermeidung. Sinnvoller wäre jedoch, den Betrag, der am Jahresende angefordert werden muss, nicht auf einmal auszuschütten, sondern auf zwölf Teilbeträge aufzusplitten. „Das Geld wird von den Familien ja monatlich gebraucht und nicht nur einmal am Jahresende.“

Die Alternativen und Grünen Gewerkschafter fordern statt eines österreichischen Tax-Credit-Modells Investitionen in die „infrastrukturelle“ Grundversicherung. Prekär Beschäftigten – betroffen sind davon vor allem Frauen – sei mit dem flächendeckenden Ausbau ganztägiger Kinderbetreuungseinrichtungen sowie hochwertigen Qualifizierungs- und Bildungsangeboten mehr geholfen als mit steuerlichen Förderungen, die wieder Löcher in Budgets reißen – Gelder, die dann woanders fehlen. Die ÖVP hingegen stellt sich frontal gegen Buchingers Vorschlag. Der soziale Bedarf müsse über das Sozial- und nicht über das Steuersystem geregelt werden. Es mute ei-

genartig an, dass der Sozialminister das Problem dem Finanzminister zuspiele, rechtfertigt ÖVP-Budgetsprecher Günter Stummvoll die ablehnende Haltung seiner Partei. Buchinger will die Negativsteuer jedenfalls in der Steuerreform 2010 verankert sehen.

Info

● **Working Tax Credit.** Steuerliche Gutschrift für Erwerbstätige mit geringem Einkommen. Erwerbsarbeit von mindestens 30 Wochenstunden ist Voraussetzung. Das gesamte Haushaltseinkommen darf eine festgelegte Schwelle nicht überschreiten. Haushalte mit Kindern oder behinderte Personen sind ab 16 Wochenstunden anspruchsberechtigt. Steigt das Haushaltseinkommen, sinkt die Steuergutschrift. Buchingers Plan sieht einen Steuerbonus ab dem jährlichen Nettoerwerbseinkommen von 8400 Euro vor, bei Personen mit Handicap ab 7000 Euro. Maximalbonus pro Jahr: 2400 Euro (ohne Kinder) oder 3600 Euro (mit Kindern).

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Programmfolder der ECO-X-Konferenz bei.